

Themenblätter im Unterricht

Herbst 2003_Nr. 31

Zuwanderung nach Deutschland

Seite 3 – 4
Seite 6 – 62
Seite 63 – 64

Anmerkungen für die Lehrkraft
26 Arbeitsblätter im Abreißblock
zum Thema: *Zuwanderung nach Deutschland*.
Literaturhinweise und Internetadressen

Zum Autor:



Bruno Zandonella

Jahrgang 1957, verheiratet, zwei Kinder, lebt in Stuttgart. Er unterrichtete von 1985 bis 1990 die Fächer Deutsch, Geschichte, Gemeinschaftskunde und Ethik an der Wilhelm-Maybach-Schule (Gewerbeschule) und am Gottlieb-Daimler-Gymnasium in Stuttgart-Bad

Cannstatt. Von 1990 bis 1997 leitete er das Fachreferat „Deutschland und Europa“ bei der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Seitdem ist er Fachabteilungsleiter (Deutsch, Gesellschaftswissenschaften, Ethik) am Gottlieb-Daimler-Gymnasium.

Arbeitsschwerpunkte: Europäische Integration, Migration, Sozialpolitik, Politische Ideengeschichte.

Veröffentlichungen:

U.a. Europa im Griff der Mafia? Dokumentation. Stuttgart 1993; Petra Moritz/Bruno Zandonella: Europa für Einsteiger. Thema im Unterricht Nr. 5/(3. Aufl.) 2000 (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung); Gerhart Maier/Bruno Zandonella: Baustelle Sozialstaat. Thema im Unterricht Nr. 15/2001 (hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung); verschiedene Unterrichtsmaterialien für das Fach Ethik und Gemeinschaftskunde, z.B. Themenblätter im Unterricht Nr. 10, 15, 26 und 31.

Lieferbare Ausgaben der Themenblätter (auch online):

→ www.bpb.de (unter „Publikationen“ oder unter „Methodik und Didaktik“).

- Nr. 1: Menschliche Embryonen als Ersatzteillager? Bestell-Nr. 5.351
- Nr. 2: Die Ökosteuer in der Diskussion Bestell-Nr. 5.352
- Nr. 3: Bundestag/Bundesrat
- Nr. 4: Demokratie: Was ist das? (vergriffen)
- Nr. 5: Fleischkonsum und Rinderwahn Bestell-Nr. 5.355
- Nr. 6: Deutschland, deine Inländer Bestell-Nr. 5.356
- Nr. 7: Neuer Markt: Internet und Copyright Bestell-Nr. 5.357
- Nr. 8: Zivilcourage: Eingreifen statt zuschauen! Bestell-Nr. 5.358
- Nr. 9: Pop und Politik Bestell-Nr. 5.359
- Nr. 10: Wer macht was in Europa? Bestell-Nr. 5.360
- Nr. 11: Geben und Nehmen im Bundesstaat Bestell-Nr. 5.361
- Nr. 12: Krieg oder Frieden? Bestell-Nr. 5.362 (vergriffen)
- Nr. 13: Terror und Rechtsstaat Bestell-Nr. 5.363 (vergriffen)
- Nr. 14: Erinnern und Verschweigen Bestell-Nr. 5.364
- Nr. 15: Die Osterweiterung der Europäischen Union Bestell-Nr. 5.365 (vergriffen)
- Nr. 16: Mobbing Bestell-Nr. 5.366
- Nr. 17: Religion und Gewalt Bestell-Nr. 5.367 (vergriffen)
- Nr. 18: Schule und was dann? Bestell-Nr. 5.368
- Nr. 19: Familie und Frauen-Rollen Bestell-Nr. 5.369
- Nr. 20: Der Bundestag – Ansichten und Fakten Bestell-Nr. 5.370
- Nr. 21: Hotel Mama – oder die Kunst erwachsen zu werden Bestell-Nr. 5.371
- Nr. 22: Lust auf Lernen Bestell-Nr. 5.372
- Nr. 23: Koalieren und Regieren. Bestell-Nr. 5.373
- Nr. 24: 17. Juni 1953 und Herbst '89. Bestell-Nr. 5.374
- Nr. 25: Heimat ist, wo ich mich wohlfühle. Bestell-Nr.: 5.375
- Nr. 26: Bevölkerungsentwicklung und Sozialstaat. Bestell-Nr.: 5.376
- Nr. 27: Aktien – Chancen und Risiken. Bestell-Nr. 5.377
- Nr. 28: Globalisierung – Ängste und Kritik. Bestell-Nr. 5.378
- Nr. 29: Nationale Symbole Bestell-Nr. 5.379
- Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen Bestell-Nr. 5.380
- Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland Bestell-Nr. 5.381
- Nr. 32: Familienbande Bestell-Nr. 5.382

Neu ab Mitte Oktober: Schulnewsletter abonnieren!

→ www.bpb.de/newsletter



Informationen zu den aktuellen Publikationen, Projekten und Angeboten der bpb rund um Schule und Unterricht: zwei Mal im Jahr – immer zu Beginn des neuen Schulhalbjahres.

Bestellcoupon auf S. 63/64

Impressum

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb
Adenauerallee 86, 53113 Bonn
E-Mail der Redaktion: moeckel@bpb.de
www.bpb.de

Autor: Bruno Zandonella
Redaktion: Iris Möckel (verantwortlich)

Gestaltung: Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
Titelbild: Schulten/images.de
Druck: Neef + Stumme, Wittingen

Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt.

Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Bei allen gesondert bezeichneten Fotos und Karikaturen liegen die Rechte nicht bei uns, sondern bei den Agenturen.

Haftungsausschluss: Die bpb ist für den Inhalt der aufgeführten Internetseiten nicht verantwortlich.

1. Auflage: September 2003
ISSN 0944-8357
Bestell-Nr. 5.381

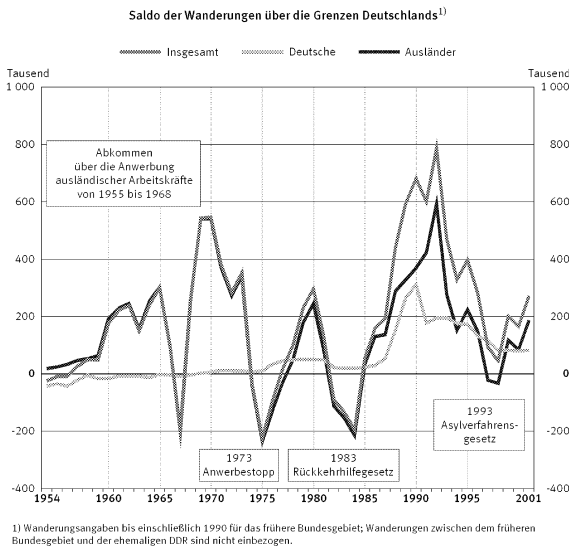
Bruno Zandonella

Zuwanderung nach Deutschland

Anmerkung der Redaktion:
Im folgenden sind immer männliche und weibliche Personen gemeint.

Deutschland – ein Einwanderungsland

Deutschland ist ein Einwanderungsland, auch wenn es sich ein halbes Jahrhundert um diesen Begriff herumgedrückt hat. Seit 1954 kamen 31 Millionen Menschen nach Deutschland, 22 Millionen zogen im gleichen Zeitraum weg. Insgesamt geht ein Drittel der Bevölkerung der alten Bundesrepublik auf Zuwanderung zurück. Deutschland liegt damit weltweit an der Spitze der Zuwanderungsstatistik.



Von 1955 bis 1973 wurden Millionen Arbeitskräfte aus den Mittelmeerstaaten angeworben, die maßgeblich zum sogenannten „Wirtschaftswunder“ beigetragen haben. 1973 wurde im Zuge der Ölkrise ein Anwerbestopp verhängt. Dennoch nahm die Zahl der Ausländer zu. Die ausländischen Arbeitskräfte holten ihre Familien nach, denn bei einer Rückkehr in die Heimatländer schien der Weg nach Deutschland für immer abgeschnitten. Aus „Gastarbeitern“ wurden Einwanderer.

Heute lebt mehr als die Hälfte der 7,3 Millionen Ausländer schon zehn Jahre oder länger in Deutschland, darunter ein Drittel sogar länger als 20 Jahre. Und jeder fünfte „Ausländer“ ist gar kein Zuwanderer, sondern bereits in der Bundesrepublik geboren.

Die größte Zuwanderungswelle erlebte Deutschland zwischen 1988 und 1993: In diesen sechs Jahren kamen 7,3 Millionen Aussiedler, Asylbewerber, „neue Gastarbeiter“ und nachziehende Familienangehörige in die Bundesrepublik. Im gleichen Zeitraum verließen 3,6 Millionen Personen das Land. Mit einem positiven

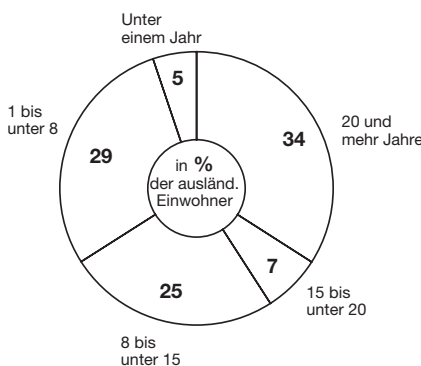
Wanderungssaldo (= Zuzüge minus Fortzüge) von 3,7 Millionen erreichte die Zuwanderung nach Deutschland eine Größenordnung, wie sie nur das „klassische Einwanderungsland“ USA kennt. Der Zuzug von Aussiedlern wurde aber bereits 1991 begrenzt, und 1993 trat ein strengeres Asylrecht in Kraft, so dass es in der Folge mehr Fort- als Zuzüge von Ausländerinnen und Ausländern gab. Nach Jahrzehnten der Begrenzungspolitik hat sich die Ausländerpolitik grundsätzlich geändert: Deutschland ist heute auf Zuwanderung angewiesen, darin stimmen alle überein. Wie aber die Zuwanderung zu steuern und zu begrenzen und wie die Integration der Einwanderer erfolgreich gefördert werden kann, darüber wird in der aktuellen Auseinandersetzung um das neue Zuwanderungsgesetz gestritten.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2003
Graphik-Ident-Nummer 2003-15-0215

Deutschland multikulturell

Ende 2002 lebten 7,34 Millionen Ausländer und Ausländerinnen in Deutschland (9 % der Gesamtbevölkerung)

So lange sind sie in Deutschland:



Quelle: Statistisches Bundesamt

Die wichtigsten Herkunftsländer (in 1 000):



© Globus 8365

Zuwanderungswege nach Deutschland

Deutschland ist de facto ein Einwanderungsland geworden, obwohl dies die Rechtslage der Bundesrepublik bislang nicht vorsieht. Welche legalen Zuwanderungswege nach Deutschland gibt es? Die wichtigsten Zuwanderungsgruppen sind:

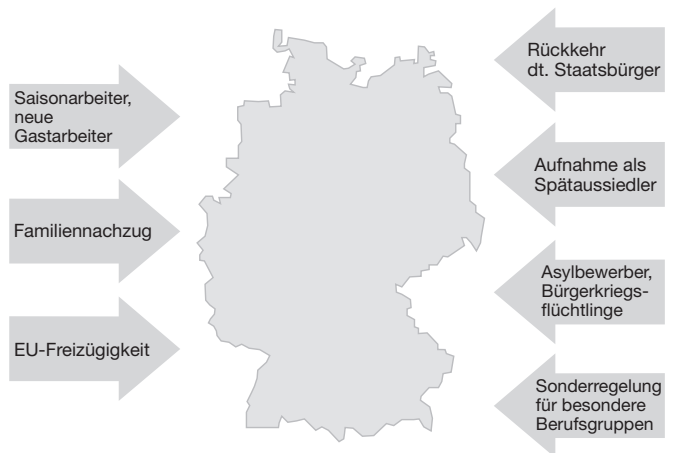
EU-Bürger und ihre Familienangehörigen dürfen sich – wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist – ohne Genehmigung überall innerhalb der 15 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union aufhalten oder niederlassen.

Arbeitnehmer aus Nicht-EU-Staaten: Als „Gastarbeiter“ wurden sie von 1955 bis 1973 angeworben, weil in Deutschland zu Zeiten des „Wirtschaftswunders“ dringend Arbeitskräfte gebraucht wurden. Der Mauerbau 1961 hat den Zuzug von Arbeitskräften aus der DDR unterbunden. 1973 wurde im Zuge der Wirtschaftskrise ein Anwerbestopp verhängt. Aufgrund des Arbeitskräftemangels (z.B. in der Landwirtschaft, im Hotel- u. Gaststättengewerbe) gibt es allerdings bis heute legale Arbeitsmöglichkeiten für Bürger aus Nicht-EU-Staaten, z.B. Saisonarbeiter, Werkvertragsarbeiter, „neue Gastarbeiter“ (dringender Arbeitskräftebedarf, der nicht durch deutsche Staatsangehörige gedeckt werden kann).

Spätaussiedler sind deutsche Volkszugehörige, die in Folge des Zweiten Weltkriegs zwangsweise in Gebiete der ehemaligen Sowjetunion (z.B. Kasachstan) umgesiedelt wurden. Sie müssen ihre deutsche Abstammung und deutsche Sprachkenntnisse nachweisen.

Asylbewerber haben nach Art 16a GG als „politisch Verfolgte“ Asyl beantragt. Nach 1993 kann sich nicht auf das Asylrecht berufen, wer aus einem „sicheren Herkunftsland“ kommt oder wer über einen „sicheren Drittstaat“ – dazu gehören alle Anrainerstaaten der Bundesrepublik – einreist.

Asylsuchende, die nachweisen können, dass sie politisch verfolgt werden, erhalten nach Abschluss des Asylverfahrens als **Asylberechtigte** ein Aufenthaltsrecht und Arbeitserlaubnis.



Flüchtlinge sind nach der Genfer Flüchtlingskommission aus dem Jahr 1951 Personen, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung außerhalb des Landes befinden, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzen. Sie werden in Deutschland „geduldet“, d.h. der Staat verzichtet aus humanitären Gründen auf eine Abschiebung. Zeitlich befristet aufgenommen werden auch die **Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge**.

Familienangehörige: Der Ehepartner und minderjährige Kinder (bis 16 Jahre) der in Deutschland lebenden Ausländer haben ein Recht auf Nachzug.



Karikatur: Thomas Plaßmann



Karikatur: Thomas Plaßmann

Warum Zuwanderung?

Bestandserhaltungsmigration:

Deutschland ist auf Einwanderer aus dem Ausland angewiesen, weil die eigene Bevölkerung älter wird und schrumpft. Nach einer Berechnung des Statistischen Bundesamtes wird die Bevölkerungszahl – selbst bei einem jährlichen Wanderungsgewinn von 200.000 Personen – von heute 82,5 auf 75 Millionen im Jahr 2050 sinken (Bevölkerung Deutschlands bis 2050. Ergebnisse der 10. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung). Niedrige Geburtenzahlen (1,4 Kinder pro Frau) und eine steigende Lebenserwartung führen dazu, dass der Anteil junger Menschen sinkt, das Durchschnittsalter der Erwerbstätigen steigt und der Anteil älterer Menschen deutlich größer wird. Der Altenquotient beträgt heute knapp 28, d.h. auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter (20 bis 64 Jahre) entfallen 28 ältere Menschen. Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 300.000 Ausländern würde er auf 51 im Jahr 2050 ansteigen. Kämen jährlich „nur“ 100.000 Einwanderer nach Deutschland wäre der Anstieg noch deutlicher: 100 Menschen mittleren Alters würden dann 59 Ältere gegenüberstehen. Selbst eine große Zahl von Einwanderern kann die Alterung der Bevölkerung also nicht verhindern, aber immerhin dazu beitragen, dass sie langsamer voranschreitet. Um die Alterung gänzlich zu stoppen, müssten nach Berechnungen der UN-Bevölkerungsabteilung bis zum Jahr 2050 188 Millionen Menschen nach Deutschland zuwandern (UN [Hrsg.]: Replacement Migration. New York, 2000. S. 29). Die Zahl ist deshalb so hoch, weil die Eingewanderten gleich schnell altern wie die Einheimischen und auch die Geburtenhäufigkeit bei Zuwanderern rasch auf das niedrige Niveau in Deutschland sinkt. Zuwanderung allein kann deshalb keine Lösung für die demografisch bedingten Zukunftsprobleme (z.B. steigende Rentenlast) sein.

Arbeitsmigration:

Die Bevölkerungsentwicklung hat auch weitreichende Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt. In den nächsten Jahrzehnten werden rund ein Fünftel weniger Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Bereits heute können trotz hoher Arbeitslosigkeit viele offene Stellen nicht besetzt werden, weil den Arbeitssuchenden die entsprechende Qualifikation fehlt. Das betrifft zum Beispiel die IT-Branche, für die im Jahr 2000 eigens die „Green Card“, eine vorübergehende Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, geschaffen wurde. Vielfach handelt es sich aber auch um körperlich belastende, schmutzige und gefährliche Arbeiten, die Deutsche nicht mehr übernehmen wollen (Reinigung, Bau, Müllentsorgung). Viele Studien und die Erfahrungen im „klassischen“ Einwanderungsland USA zeigen, dass ökonomisch aktive Zuwanderer der aufnehmenden Gesellschaft nützen. Voraussetzung ist allerdings ein modernes und flexibles Einwanderungsrecht, um ausländische Arbeitskräfte gezielt anwerben und rasch (in die Arbeitswelt) integrieren zu können.



Amerikanische Einwanderungs-Philosophie

„Der ständige Zustrom von Einwanderern in die USA hatte große Auswirkungen auf den Amerikanischen Charakter.

Man braucht Mut und Flexibilität, um sein Heimatland zu verlassen und in einem anderen Land ein neues Leben anzufangen. Die Amerikaner sind bekannt für ihre Bereitschaft, Risiken einzugehen und neue Dinge auszuprobieren, für ihre Unabhängigkeit und ihren Optimismus. Wenn Amerikaner, deren Familien schon länger im Land sind, Gefahr laufen, wirtschaftlichen Komfort und politische Freiheit für selbstverständlich zu halten, dann sind immer die neuen Einwanderer da, um sie daran zu erinnern, wie wichtig diese Privilegien sind.“

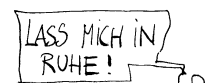
Quelle: <http://www.usembassy.de/usa/gesellschaft.htm>

Ursachen und Gründe für Migration

- **Wirtschaft:** Bedarf an Arbeitskräften in den Industrieländern; Wohlstandsgefälle und Unterentwicklung
- **Globalisierung:** Zunahme weltweiter Wirtschaftsaktivitäten und -abhängigkeiten; „Zusammenrücken“ der Menschheit z.B. durch Informationstechnologien; wirtschaftspolitische Integration (z.B. EU-Binnenmarkt)
- **Flucht und Vertreibung** infolge von Kriegen und Bürgerkriegen
- **Politische Verfolgung** von Minderheiten und Oppositionellen
- **Umwelt:** Zerstörung von Lebensgrundlagen
- **Staatsangehörigkeitsrecht:** Zuwanderungsrecht aufgrund deutscher Volkszugehörigkeit (Spätaussiedler)
- **Familienzusammenführung:** Nachzug von Ehegatten und Kindern
- **Demografie:** Rückgang und Alterung der Bevölkerung in den Industriestaaten; Überbevölkerung in den unterentwickelten Ländern
- **Multikulturelle Gesellschaft:** Bereicherung der eigenen Kultur und Lebenswelt



1



2

Das geplante Zuwanderungsgesetz

Die rot-grüne Regierungskoalition wollte mit dem „Zuwanderungsgesetz“ die gezielte Anwerbung von ausländischen Arbeitskräften ermöglichen und zugleich die Zuwanderung nach Deutschland begrenzen. Das komplizierte Ausländerrecht sollte vereinfacht, die Aufnahme von Flüchtlingen und die Asylbedingungen klarer geregelt werden. Nach der Verabschiedung des Gesetzes durch den Bundestag erfolgte die heftig umstrittene Abstimmung im Bundesrat: Das Grundgesetz schreibt eine einheitliche Stimmabgabe eines Landes vor. Als Vertreter Brandenburgs stimmte der Sozialminister Ziel (SPD) für das Gesetz, der Innenminister Schönbohm (CDU) lehnte es ab. Daraufhin wertete der Bundesratspräsident das Votum des Ministerpräsidenten Stolpe (SPD) als Zustimmung des Landes Brandenburg. Die Mehrheit in der Länderkammer war damit gegeben. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist das Zuwanderungsgesetz allerdings nicht verfassungsgemäß zustande gekommen und deshalb nicht rechtskräftig. Beanstandet wurde nur das Abstimmungsverhalten, nicht jedoch der Inhalt des Gesetzes. In einem zweiten Gesetzgebungsverfahren verabschiedete der Bundestag das Zuwanderungsgesetz erneut. Die unionsgeführten Bundesländer mit ihrer Mehrheit im Bundesrat lehnten es wieder ab. Zurzeit (Stand: September 2003) wird es im Vermittlungsausschuss verhandelt, der aus Vertretern von Bundestag und Bundesrat besteht und einen Kompromiss erarbeiten soll.



INTEGRATIONSKURS "ZUWANDERUNG" - 1. LEKTION

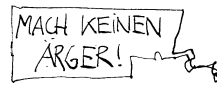
Karikatur: Thomas Plaßmann



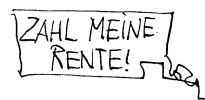
3



4



5



6

Karikatur: Thomas Plaßmann

Wichtige Kernpunkte des Zuwanderungsgesetzes sind:

– Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung

Das Gesetz soll die Zuwanderung zum Zweck der Erwerbstätigkeit erleichtern, den Zuzug von Ausländern steuern und begrenzen sowie die Integration der Zuwanderer verbessern.

– Arbeitsmigration

Der Zuzug von ausländischen Arbeitskräften soll möglichst flexibel entsprechend den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes gesteuert werden. Vorrang vor der Anwerbung von Arbeitskräften im Ausland hat die Qualifizierung von Arbeitslosen (Deutsche und bereits hier lebende Ausländer). Hoch Qualifizierte (z.B. Informatiker, Wissenschaftler) erhalten von Anfang an die Genehmigung für einen Daueraufenthalt.

– Familiennachzug

Kinder können zusammen mit den Eltern bis zum 18. Lebensjahr zuwandern. Für andere gilt eine Altersgrenze von 12 Jahren. Allerdings ist auch eine Ermessensregelung vorgesehen, die den Nachzug minderjähriger lediger Kinder erlaubt, wenn die familiäre Situation und die Integrationsaussichten (Sprachkenntnisse) für die Aufnahme sprechen.

– Humanitäre Aufnahme

Künftig sollen auch die Opfer nicht staatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung eine zeitlich befristete Aufenthaltserlaubnis und damit einen Abschiebeschutz erhalten. Flüchtlinge im Sinne der Genfer Konvention erhalten damit eine größere Rechtssicherheit.

– Integration

Ausländer, die sich dauerhaft in der Bundesrepublik aufhalten, sollen einen Anspruch auf Integrationskurse erhalten. Dazu zählen Sprachkurse sowie Einführungen in Recht, Kultur und Geschichte Deutschlands. Bei fehlenden Deutschkenntnissen und einem bisherigen Aufenthalt von weniger als sechs Jahren besteht eine Teilnahmepflicht.

Das Zuwanderungsgesetz (Entwurf) im Wortlaut finden Sie auf der Website des Bundesministerium des Innern:

<http://www.bmi.de>, eine Zusammenfassung unter www.isoplan.de/aid/2002-2/zuwandgesetz.htm.

Bruno Zandonella

Zuwanderung und Integration

Braucht Deutschland (mehr) Zuwanderung? Ist es nicht schon längst zu einem Einwanderungsland geworden? Und wozu braucht die Bundesrepublik ein Zuwanderungsgesetz? Auf dieser Seite finden Sie konträre Positionen zur aktuellen Zuwanderungsdiskussion.

[A] „Mit einem Einwanderungsgesetz kann die Bundesrepublik dem amerikanischen Beispiel folgen und möglichst viele aktive und wirtschaftlich attraktive Zuwanderer ins Land holen, ungesteuerte und ungewollte Zuwanderung begrenzen und illegale Einwanderung stärker bekämpfen.“



Karikatur: Thomas Pläßmann

[B] „Ein modernes Einwanderungsrecht enthält staatliche Integrationsangebote. Mit Hilfe von Sprachkursen, Einführungen in die Rechtsordnung, Kultur und Geschichte Deutschlands wird die Integration der Zuwanderer gefördert. Das ist Voraussetzung für ein friedliches Miteinander und den wirtschaftlichen Erfolg der Zuwanderung.“

[C] „Bei 10,5 Prozent Arbeitslosen im Jahr 2002 (darunter 18,4 Prozent Ausländer) ist es sinnvoll, zunächst die (deutschen wie ausländischen) Arbeitskräfte in der Bundesrepublik zu qualifizieren, bevor man neue von außen anwirbt.“

[D] „Deutschland braucht Einwanderer. Sinkende Geburtenraten und steigende Lebenserwartung führen zu einer alternden und schrumpfenden Bevölkerung. Ohne Zuwanderung hätte Deutschland im Jahr 2050 nur noch 59 Millionen Einwohner, 23 Millionen weniger! Und 100 Personen mittleren Alters müssten dann nicht mehr nur für 39, sondern für 90 ältere Menschen aufkommen. Die Renten, die Kranken- und Pflegekosten sind in Zukunft nur noch finanzierbar, wenn jüngere Zuwanderer für einen demografischen Ausgleich sorgen.“

[E] „Unterentwicklung und Überbevölkerung außerhalb Europas erzeugen einen Wanderungsdruck. Schärfere Gesetze oder Grenzkontrollen ändern daran nichts. Nötig wäre eine Entwicklungshilfe, die Fluchtursachen in den Heimatländern bekämpft.“

[F] „Deutschland muss gezielt Arbeitskräfte aus dem Ausland anwerben, weil auf dem heimischen Arbeitsmarkt Fachkräfte fehlen. Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit können über eine Million Arbeitsplätze nicht besetzt werden.“

[G] „Wirkliche Integration ist kaum zu erreichen, weil sich die weit verbreitete Abwehrhaltung gegenüber Fremden durch massenhafte Zuwanderung eher verstärkt. Außerdem schotten sich auch Zuwanderer von der heimischen Gesellschaft ab und bilden (aus religiösen Gründen) „Parallelgesellschaften“.“



Karikatur: Beck

[H] „Schmerzhafte Sozialreformen (z.B. Rentenkürzung) können mithilfe von Zuwanderung nicht umgangen werden. Auch Einwanderer werden älter und ihre Geburtenraten sinken rasch auf das niedrige Niveau der Einheimischen. Um zu verhindern, dass die deutsche Gesellschaft altert, müssten bis zum Jahr 2050 netto 188 Millionen junge Menschen zuwandern – eine völlig unrealistische Vorstellung!“

[I] „Zuwanderung aus humanitären Gründen ist kaum zu begrenzen. Zur Aufnahme von Flüchtlingen, Aussiedlern und Familienangehörigen ist Deutschland moralisch und rechtlich verpflichtet.“

1) Ordnen Sie die jeweils passenden Pro- und Contra-Argumente einander zu.

2) Markieren Sie drei Aussagen, die Sie für die wichtigsten halten. Formulieren Sie – auf der Basis Ihrer Auswahl – Ziele und geeignete Maßnahmen zur Steuerung der Einwanderung.

3) Vergleichen Sie Ihr Ergebnis mit dem geplanten Zuwanderungsgesetz. Eine Zusammenfassung finden Sie z.B. unter www.isoplan.de/aid/2002-2/zuwandgesetz.htm.

Integration – gelungen oder gescheitert?

- a) Welchen Eindruck vermitteln die Fotos? Geben sie das Verhältnis von Deutschen und Ausländern treffend wieder?
- b) Welche Faktoren fördern, welche behindern die Integration?
- c) Stellen Sie mit Ihrer Klasse eine Foto-Collage über die Situation in Ihrer Stadt oder Region zusammen.



Foto: dpa



Foto: dpa



Foto: www.heimat-in-deutschland.de

Wie groß ist die Integrationsbereitschaft?

1. Bilden Sie in der Klasse zwei Gruppen, „Zuwanderer“ und „Einheimische“, die zunächst unabhängig voneinander arbeiten. Formulieren Sie als „Einheimischer“ Ihre Erwartungen an die „Zuwanderer“ – z.B. Voraussetzungen, die sie mitbringen oder Regeln, die sie akzeptieren sollten. Als „Zuwanderer“ vertreten Sie entsprechend die Haltung der „Gastarbeiter“ oder Asylsuchenden. Berücksichtigen Sie möglichst viele Bereiche wie Sprache und Kultur; Bildung und Religion; Beruf und Arbeit; Politik und Gesellschaft.

Einheimischer (Deutscher):

Ich erwarte von den Zuwanderern, dass...

.....

.....

.....

Einwanderer aus fremden Kulturen verändern auch die heimische Lebensweise. Ich bin bereit Folgendes mitzutragen:

.....

.....

Nicht tolerieren kann ich:

.....

Zuwanderer („Gastarbeiter“):

Ich erwarte von Deutschland und den Deutschen, dass...

.....

.....

.....

Ich bin bereit mich folgendermaßen zu ändern und (an die deutsche Lebensweise) anzupassen:

.....

.....

Nicht aufgeben kann/möchte ich:

.....

2. Vergleichen Sie die Erwartungen der Einheimischen mit der Anpassungsbereitschaft der Zuwanderer und die Erwartungen der Zuwanderer mit der Aufnahmebereitschaft bzw. Abwehrhaltung der einheimischen Bevölkerung. Reichen die Übereinstimmungen für eine insgesamt erfolgreiche Integration aus? Wo bestehen konfliktträchtige Unterschiede? Gibt es unüberbrückbare Gegensätze?

3. Gibt es ein Leitbild „des“ Deutschen, an dem der Integrationserfolg zu messen wäre? (Vergleichen Sie dazu auch die beiden Karikaturen auf Seite A.) Einigen Sie sich in der Klasse auf einen Minimalkatalog (rechtlich) verbindlicher Regeln für das Zusammenleben in einer multikulturellen Gesellschaft.



Literaturhinweise

- Bade, Klaus. J.: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. München: Beck, 1993
- Bade, Klaus. J. und Münz, Rainer (Hrsg.): Migrationsreport 2000. Fakten – Analysen – Perspektiven. Frankfurt / New York: Campus, 2000
- Butterwegge, Christoph; Hentges, Gudrun (Hrsg.): Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik. Opladen: Leske+Budrich, 2000
- Gieler, Wolfgang; Ehlers, Thorben: Von der Anwerbung zur Abschottung oder zur gesteuerten Zuwanderung? Grundlagen deutscher Ausländerpolitik. Albeck bei Ulm: Verlag Ulmer Manuskripte, 2001
- Lanig, Jonas; Schweizer, Marion: „Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg!“ – Rechtsradikale Propaganda und wie man sie widerlegt. Mülheim an der Ruhr: (Verlag an der Ruhr) 2003
- Meier-Braun, Karl-Heinz: Deutschland, Einwanderungsland. Frankfurt a.M.: Suhrkamp Verlag, 2002
- Mehrländer, Ursula; Schulze, Günther (Hrsg.): Einwanderungsland Deutschland. Neue Wege nachhaltiger Integration. Bonn: Dietz, 2001
- Münz, Rainer, Seifert, Wolfgang; Ulrich, Ralf: Zuwanderung nach Deutschland. Strukturen, Wirkungen, Perspektiven. Frankfurt a.M.; New York: Campus Verlag, 1999
- Ullrich, Herbert: Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. München: Beck, 2001
- Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“. Berlin: BMI, 2001
- Tibi, Bassam: Islamische Zuwanderung. Die gescheiterte Integration. Stuttgart, München: Deutsche Verlags-Anstalt, 2002

Unterrichtsmaterial

- Migration. Deutschland und Europa Heft 45 / 2002. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.
- Türken bei uns. Politik und Unterricht Nr. 3/2000. Hrsg. von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.
- Zuwanderung: Abschottung oder gesteuerte Migration? Politik betrifft uns Nr. 4 / 2002 Aachen: Bergmoser+Höllner Verlag, 2002
- Themenblätter im Unterricht Nr.6: Deutschland, deine Inländer, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn 2000. Bestell-Nr. 5.356

Internet- und Kontaktadressen

Allgemein:

Bundeszentrale für politische Bildung

Adenauerallee 86, 53113 Bonn
Tel. 0 18 88/5 15 - 0
Fax 0 18 88/5 15 - 1 13
→ www.bpb.de

Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit

Platz der Republik, 11011 Berlin
Tel. 0 30/2 27 - 2 74 53/ -2 79 69/ -0
Fax 0 30/2 27 - 2 65 06
→ www.bundestag.de

Bestellcoupon

Achtung: Neue Versandbedingungen! Bis 1 kg kostenlos und portofrei, bei 1-15 kg Portobeitrag von ca. 4,60 EUR per Überweisung nach Erhalt.

- Bestell-Nr.: 5.379 _____ Nr. 29: Nationale Symbole
Bestell-Nr.: 5.380 _____ Nr. 30: Arbeitslosigkeit – Ursachen und Abhilfen
Bestell-Nr.: 5.381 _____ Nr. 31: Zuwanderung nach Deutschland
Bestell-Nr.: 5.382 _____ Nr. 32: Familienbande

Weitere Themenblätter: siehe Umschlagseite 2!

- Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____
Bestell-Nr. _____ Exemplare _____

Jede Ausgabe enthält das Arbeitsblatt 26 fach!

Alle Themenblätter im Unterricht sind auch im Internet unter
→ www.bpb.de (Publikationen).

Themenblätter für die Grundschule

Doppelseitiges buntes Wimmelarbeitsblatt; pro Ausgabe 15fach plus Lehrerhandreichung:

- Bestell-Nr. 5.350 _____ Nr. 1 Mädchen und Jungen sind gleichberechtigt
Bestell-Nr. 5.349 _____ Nr. 2 Meine Freiheit, deine Freiheit

Bestell-Nr. 5.342 _____ Pocket Wirtschaft

- Bestell-Nr. 5.317 _____ „Grundgesetz für Einsteiger und Fortgeschrittene“, Arbeitsmappe mit 32 aktivierenden Arbeitsblättern
Bestell-Nr. 5.340 _____ „Methoden-Kiste“

Verzeichnis der lieferbaren Unterrichtsmaterialien, Bestell-Nr. 999 (wird ca. alle 6 Wochen aktualisiert)

Internet- und Kontaktadressen

Bundesministerium des Innern

→ www.bmi.de

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

→ www.integrationsbeauftragte.de

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen, Berlin

→ www.aussiedlerbeauftragter.de

Statistisches Bundesamt

→ www.statistik.bund.de

Ausländer in Deutschland (AiD)

→ www.isoplan.de/aid/index.htm

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB), Wiesbaden

→ www.bib-demographie.de

Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) ()

→ www.imis.uni-osnabrueck.de

Zentrum für Türkeistudien, ZfT

→ www.zft-online.de

Der Informationsverbund Asyl

→ www.asyl.net

Ausländer-Statistik

→ www.auslaender-statistik.de

Netzwerk Migration in Europa e.V./ Bundeszentrale für politische Bildung

→ www.migration-info.de

Online-Lexikon Ausländer, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus

→ www.drehscheibe.org/leitfaden-schlagworte.html



Ab Oktober 2003!



»pocket Wirtschaft in Deutschland«

Kleines, leicht verständliches Lexikon für die Hosentasche zu Grundbegriffen der Wirtschaft mit vielen Schaubildern, Karikaturen sowie ein bisschen Statistik. Dazu gibt es viel Wissenswertes zum Thema Geld, Internet-Tipps und -Adressen.

Hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Bonn 2003
Autor: Prof. Dr. Gerhard Willke, 160 Seiten

Bestell-Nr. 5.342 bei Franzis, siehe Bestellcoupon.

> Maximale Bestellmöglichkeit: ein Klassensatz.

> Lieferung so lange Vorrat reicht.

Fax: 0 89-5 11 72 92

E-Mail: infoservice@franzis-online.de

Firma
Franzis' print & media
Postfach 15 07 40

80045 München

Lieferanschrift (nur Inland-Adressen!)

SCHULE PRIVAT

VORNAME:

NAME:

KLASSE/KURS:

SCHULE:

STRASSE:

PLZ/ORT: